

	Antrags-Nr.	
	0305-AT/2015	

Antrag

Frau May, Karin
 Fraktionsvorsitzende der Stadtratsfraktion DIE
 LINKE
 Herr Coenen, Marcus
 Fraktionsvorsitzender der Stadtratsfraktion B 90/Die
 Grünen/BfE
 Herr Quentel, Johannes, Stadtratsmitglied

Betreff
Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen DIE LINKE, B 90/Die Grünen/BfE und des Stadtrates Herrn Quentel - Kommunale Daseinsvorsorge

Beratungsfolge	Sitzung	Sitzungstermin	
Haupt- und Finanzausschuss	Ö	23.06.2015	
Stadtrat der Stadt Eisenach	Ö	30.06.2015	

I. Beschlussvorschlag

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

1. Der Stadtrat unterstützt ausdrücklich die Beschlüsse und Positionspapiere des Deutschen Städtetags, der kommunalen Spitzenverbände, des Verbandes Kommunaler Unternehmen sowie des Bundesverbandes Öffentliche Dienstleistungen (siehe Anlagen) zu den Vertragsverhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP sowie auch CETA und TISA) und schließt sich den darin gestellten Erwartungen und Forderungen an.
2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, sowohl im Gemeinde- und Städtebund Thüringen als auch im Deutschen Städtetag die Stimme der Stadt Eisenach dafür einzusetzen das die kommunale Daseinsvorsorge, insbesondere die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Entsorgung von Abfällen, der ÖPNV alle sozialen Dienstleistungen sowie der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kulturbereich, sichergestellt wird.

II. Begründung

Auch wenn die Verhandlungen über das TTIP im Geheimen ablaufen hat die Kritik am geplanten Abkommen inzwischen auch die Städte und Gemeinden in Deutschland erreicht. In etlichen kommunalen Gremien wurde TTIP bereits zum Thema gemacht und Beschlüsse dazu gefasst. Kommunale Spitzenverbände, wie der Deutsche Städtetag warnen in Stellungnahmen und mit Beschlüssen vor den Auswirkungen des Freihandelsabkommens.

Dass die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und insbesondere TISA die Organisationsfreiheit von Kommunen stark gefährden können, erklären auch die kommunalen Spitzenverbände und der Verband kommunaler Unternehmen.

„Freihandelsabkommen bergen [...] erhebliche Risiken für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die durch die Kommunen und ihre Unternehmen verantwortet und erbracht werden. [...] Sollten typische kommunale Dienstleistungen, wie die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung, der Öffentliche Personennahverkehr, Sozialdienstleistungen, Krankenhäuser oder die Kultur Regeln zur Liberalisierung unterworfen werden, würde die derzeit garantierte, umfassende Organisationsentscheidung von Kommunalvertretern durch rein am Wettbewerbsgedanken ausgerichtete Verfahren ersetzt.“

Mit dem Beschluss kann er Stadtrat der Stadt Eisenach seine Einflussmöglichkeiten nutzen im Rahmen seiner Mitgliedschaft im Deutschen Städtetag dafür Sorge zu tragen die negativen Auswirkungen für die Kommunen, insbesondere der Stadt Eisenach, ausgeschlossen werden können.

Anlagenverzeichnis:

- Anlage 1: Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetags am 12. Februar 2014 in München
- Anlage 2: Gemeinsames Positionspapier kommunaler Spitzenverbände und kommunaler Unternehmen
- Anlage 3: Positionspapier Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen

Frau May, Karin
Fraktionsvorsitzende der Stadtratsfraktion DIE
LINKE
Herr Coenen, Marcus
Fraktionsvorsitzender der Stadtratsfraktion B
90/Die Grünen/BfE
Herr Quentel, Johannes, Stadtratsmitglied